

Frank Bösch (Hg.)

Geteilte Geschichte

Ost- und Westdeutschland 1970-2000



V&R Academic

Geteilte Geschichte

Ost- und Westdeutschland 1970–2000

Herausgegeben von Frank Bösch

Vandenhoeck & Ruprecht

Mit 6 Abbildungen und 7 Tabellen

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-647-99697-4

Weitere Ausgaben und Online-Angebote sind erhältlich unter: www.v-r.de.

Umschlagabbildung: Staffel-Einlauf von Renate Stecher (DDR) und Heide Rosendahl (Bundesrepublik) bei den olympischen Spielen 1972 in München.

© picture alliance/Sven Simon

© 2015, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Theaterstraße 13, 37073 Göttingen /

Vandenhoeck & Ruprecht LLC, Bristol, CT, U.S.A.

www.v-r.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Lektorat: Jens Brinkmann, Waltraud Peters (ZZF Potsdam)

Satz: textformart, Göttingen | www.text-form-art.de

Inhalt

Frank Bösch

Geteilt und verbunden.

Perspektiven auf die deutsche Geschichte seit den 1970er Jahren

Frank Bösch / Jens Gieseke

Der Wandel des Politischen in Ost und West

Ralf Ahrens / André Steiner

Wirtschaftskrisen, Strukturwandel und internationale Verflechtung

Frank Uekötter

Ökologische Verflechtungen.

Umriss einer grünen Zeitgeschichte

Winfried Süß

Soziale Sicherheit und soziale Ungleichheit in wohlfahrtsstaatlich formierten Gesellschaften

Rüdiger Hachtmann

Rationalisierung, Automatisierung, Digitalisierung.
Arbeit im Wandel

Christopher Neumaier / Andreas Ludwig

Individualisierung der Lebenswelten.

Konsum, Wohnkultur und Familienstrukturen

Jürgen Danyel / Annette Schuhmann

Wege in die digitale Moderne.

Computerisierung als gesellschaftlicher Wandel

Emmanuel Droit / Wilfried Rudloff

Vom deutsch-deutschen »Bildungswettlauf«

zum internationalen »Bildungswettbewerb«

Maren Möhring

Mobilität und Migration in und zwischen Ost und West

Jutta Braun

Wettkampf zwischen Ost und West.

Sport und Gesellschaft

Frank Bösch / Christoph Classen

Bridge over troubled Water?

Deutsch-deutsche Massenmedien

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Frank Bösch

Geteilt und verbunden

Perspektiven auf die deutsche Geschichte seit den 1970er Jahren

Die zeithistorische Forschung hat sich im letzten Jahrzehnt beträchtlich verändert. Sie hat sich thematisch und methodisch breiter aufgestellt, überbrückt Zäsuren wie 1989 und strebt transnationale Perspektiven an. Diese vielfältigen Erweiterungen führten jedoch bisher selten dazu, dass Historiker die deutsche Geschichte in Ost und West gemeinsam betrachteten. Vielmehr wurde die Entwicklung der Bundesrepublik vor allem in Beziehung zu den westlichen Industrieländern gesetzt, mitunter auch zur »Dritten Welt«. Die DDR blieb dagegen für die meisten westdeutschen Historiker ein »fernes Land«, das gesondert vornehmlich an ostdeutschen oder Berliner Universitäten untersucht wurde.¹ Auch in den vielfältigen theoretischen Debatten um eine transnationale Geschichte, »shared history« oder »entangled history« spielte die deutsch-deutsche Geschichte keine Rolle.² Zu unklar war vermutlich, welchen Status das »Nationale« hier überhaupt hatte – da es sich ja um eine »trans-staatliche« Geschichte einer später wiedervereinigten Nation handelt. Selbst die großen Überblickswerke zur deutschen Zeitgeschichte betrachteten zumeist die Bundesrepublik oder die DDR getrennt, auch wenn sie über die Wiedervereinigung hinausreichten.³ Deutsch-deutsche Perspektiven blieben vornehmlich dem

Feld der innerdeutschen Beziehungen und Begegnungen vorbehalten - von Brandts Ostpolitik über Biermanns Ausbürgerung bis hin zu Kohls Wiedervereinigungspolitik.⁴

Dieses Buch wählt mit seiner deutsch-deutschen Perspektive einen anderen Ansatz. Statt der gut erforschten diplomatischen Ebene stellt es bewusst einen stärker sozialgeschichtlich akzentuierten Zugang in den Vordergrund und untersucht vergleichend den Wandel sozialer Strukturen in Ost und West - etwa der Arbeit, der Wirtschaft und sozialen Lagen, der Bildung, der Lebenswelten und des Politischen oder auch der Umwelt, des Sports und der Medien. Dabei betrachtet es nicht nur das Trennende und die Unterschiede zwischen den beiden Teilstaaten, sondern fragt auch offen nach Ähnlichkeiten und Interaktionen zwischen Ost und West. Der Titel »geteilte Geschichte« verweist somit im doppelten Sinne sowohl auf die Spaltung des Landes und die Unterschiede als auch auf mögliche gemeinsame Bezüge im Sinne einer »shared history«.⁵

Im Vordergrund steht besonders die Frage, auf welche Weise sich Ost- und Westdeutschland seit den 1970er Jahren veränderten. Bisher wurde der oft rasante Wandel im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts vornehmlich getrennt erklärt, sei es aus den spezifischen Problemen des Sozialismus, sei es aus den strukturellen Verschiebungen westlicher Industriegesellschaften im Zuge der Globalisierung »nach dem Boom«.⁶ Durch den vergleichenden Blick auf beide Seiten der Mauer lässt sich prüfen, inwieweit es Bezugspunkte gab oder doch systembedingte Pfade dominierten.⁷ Inwiefern reichten die markanten Veränderungen der Zeit über die Grenze hinaus - wie etwa die ökonomischen Krisen der 1970er Jahre, der Wandel des Politischen, die Umwelt- und Energieprobleme oder auch die neue Bedeutung von Medien und Computertechnik, von Konsum und Sport? Für die DDR geht dies mit der Frage einher, inwieweit mit dem Westen verbundene

Herausforderungen bestanden, die den Niedergang des Sozialismus mit erklären können. Aber ebenso ist zu prüfen, ob die DDR im Systemwettstreit auch die Bundesrepublik beeinflusste.

Für die Zeit nach 1990 steht zum einen die Frage im Vordergrund, in welchem Maße sich Ostdeutschland an den Westen anpasste oder Unterschiede fortbestanden. Zum anderen ist zu diskutieren, inwieweit sich auch der Westen im Zuge der Wiedervereinigung wandelte und der Osten etwa ein Laboratorium für künftige Entwicklungen im Westen bildete.⁸ Von einer »geteilten Geschichte« können wir dennoch auch für die 1990er Jahre im doppelten Sinne sprechen: Denn trotz der Wiedervereinigung und der Annäherung von Ost- und Westdeutschland blieben zahlreiche Unterschiede sichtbar, die hier in einer längeren Perspektive erklärt werden.

Um parallele, verflochtene oder getrennte Entwicklungen auszumachen, nimmt das Buch oft eine vergleichende Perspektive ein, ohne dabei jedoch eine marktwirtschaftliche Demokratie und eine planwirtschaftliche sozialistische Diktatur gleichzusetzen.⁹ Denn schließlich wirkten die differenten Staatsformen in alle Lebensbereiche hinein und sind insofern immer wieder zu vergegenwärtigen. Fragen von Herrschaft und Macht werden allerdings auch durch den Blick auf die Gesellschaft nicht ausgeblendet. Vielmehr wird deren Reichweite so erst deutlicher.

Das Titelbild unseres Buches, das den Staffel-Einlauf von Renate Stecher (DDR) und Heide Rosendahl (Bundesrepublik) bei den olympischen Spielen 1972 in München zeigt, verweist exemplarisch auf diese im mehrfachen Sinne »geteilte Geschichte.« Das Bild steht zum einen für die Systemkonkurrenz und gesellschaftliche Unterschiede zwischen Ost und West: So versinnbildlicht es den Wettbewerb mit getrennten Staatswappen, die unterschiedlichen sportlichen Ausbildungssysteme oder

auch den Doping-Vorwurf gegen die DDR-Spitzensportler.¹⁰ Ebenso visualisiert es übergreifende internationale und deutsch-deutsche Entwicklungen. So repräsentiert es die starke Aufwertung des Sports als Leistungsschau im Kampf um internationale Reputation, weshalb sich die Bundesrepublik nachdrücklich um die Austragung der Olympischen Spiele 1972 und der Fußball-WM 1974 beworben hatte.¹¹ Der Sport ermöglichte auch in der DDR eine Kommunikation über die Mauer hinweg, sei es als (bewachter) Reisekader, sei es bei der medialen Rezeption. Dass in diesem Fall die bundesdeutsche Staffel gegen die DDR gewann, unterstreicht, dass auch der Westen in dieser Zeit auf eine intensiviertere Sportförderung setzte, um bei den führenden Sportnationen mitzuhalten. Doping-Mittel waren seit 1970 auch in der Bundesrepublik zunehmend verbreitet und gerade die olympischen Spiele in München gelten dabei als ein Wendepunkt.¹² Auch rein optische Ähnlichkeiten stehen für die deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte: Beide Läuferinnen tragen Schuhe des bundesdeutschen Unternehmens Adidas, das in den 1970er Jahren auf dem Weltmarkt führend war, und der halblange Frauenhaarschnitt verweist auf übergreifende Trends im Lebensstil. Beide Frauen studierten an Sporthochschulen und waren anschließend im Sportbereich berufstätig. Und schließlich unterstreicht das Bild, welche große öffentliche Aufmerksamkeit Höchstleistungen von Frauen nun in Ost und West erhielten. Indirekt und in seiner späteren Gebrauchsweise steht das Foto schließlich auch für Probleme im wiedervereinigten Deutschland, wie die Debatten über den Rückbau ostdeutscher Trainingszentren, das Doping und gebrochene Biografien: Die Ostdeutsche Renate Stecher verlor nach der Wiedervereinigung ihre Stelle in der Sportausbildung, während die Westdeutsche Heide Rosendahl beruflich erfolgreich blieb.

1. Die Zeitgeschichtsforschung und die deutsche Zweistaatlichkeit

Einzelne Plädoyers für eine integrierte deutsch-deutsche Geschichte kamen frühzeitig auf. Vor allem Christoph Kleßmann trat für eine asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte ein, die die Spannung zwischen Abgrenzung und Verflechtung aufgreift und dabei berücksichtigt, dass die DDR weitaus stärker die Bundesrepublik als Referenzgesellschaft sah als umgekehrt. »Die Bundesrepublik konnte problemlos ohne die DDR existieren«, so Kleßmann.¹³ Zu diskutieren ist, ob sich nicht ebenso auch die Bundesrepublik durch die Existenz der DDR in vielen Fragen fundamental anders entwickelte, allein schon, wenn man die prägende Bedeutung des Anti-Kommunismus in vielen gesellschaftlichen Bereichen berücksichtigt.¹⁴ Selbst der westdeutsche Konsum, Sport oder die Medienfreiheit gewannen durch die Teilung eine andere politische Bedeutung. Kleßmann schlug zudem sechs Phasen und Bezugfelder vor, wie »die beginnende Blockbildung«, »die Eigendynamik der beiden Staaten« oder »die systemübergreifenden Problemlagen fortgeschrittener Industriegesellschaften« seit den 1970er Jahren.¹⁵ Ebenso plädierte Konrad Jarausch für eine »plurale Sequenzperspektive«, die die Entwicklung aufeinanderfolgender Problemfelder ernst nimmt.¹⁶ Besonders den 1970er Jahren sprachen sie beide eine Scharnierfunktion zu. Andere, wie Thomas Lindenberger, regten an, Grenzräume als einen durch politische Herrschaft konstituierten Raum zu betrachten, der einen besonderen Umgang mit dem »Anderen« und durch Abgrenzungen auch Verbindungen schafft.¹⁷

Diese Ansätze waren lange sehr umstritten. In den letzten Jahren haben jedoch Vertreter unterschiedlicher Schulen und Methoden zunehmend die Möglichkeit und

Notwendigkeit einer grenzübergreifenden Perspektive betont.¹⁸ Sie wichen vornehmlich nur in der Frage voneinander ab, wie weit eine vergleichende oder gar verflochtene Perspektive reichen könne, ohne systembedingte Unterschiede zu nivellieren. So mahnte Horst Möller trotz prinzipieller Zustimmung, es sei »eine sorgfältige Auswahl der tatsächlich komparativ zu erfassenden, phasenbeschränkten Themen notwendig, die eine zumindest relative Systemunabhängigkeit besitzen«. ¹⁹

Zudem hat sich in den letzten Jahren der regionale, diachrone und inhaltliche Fokus so verändert, dass deutsch-deutsche Perspektiven zunehmen dürften. Während Kleßmann und Jarausch stärker die innerdeutsche Entwicklung in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg im Blick hatten, ist es mittlerweile üblicher geworden, Deutschland aus einer europäischen Perspektive zu betrachten – und zwar weniger als Nachgeschichte des Nationalsozialismus denn als Vorgeschichte des vereinten Deutschlands und Europas. Gerade die Erforschung der 1970/80er Jahre erfolgt heute stärker als Vorgeschichte gegenwärtiger Problemlagen denn aus der Sicht der Nachkriegsgeschichte.²⁰ Weniger die Begründung von Institutionen in der Nachkriegszeit als ihr Verschleiß und ihre Erneuerung bilden damit einen Ausgangspunkt.²¹ Dies macht eine gesamtdeutsche Perspektive möglicher und gewinnbringender, um grenzübergreifende oder auch spezifisch west- und ostdeutsche Problemlagen historisch deuten zu können. Ein Rückblick auf die letzten 50 Jahre Geschichte schließt, wenigstens zeitlich, mindestens zur Hälfte das vereinigte Deutschland ein. Zugleich gibt es einen Trend, in langen Linien themenbezogen die Moderne vom Kaiserreich bis zu den 1970er Jahren zu untersuchen. Um zu vermeiden, dass teleologische Linien hin zur Liberalisierung oder Postmoderne der 1970er Jahre entstehen, ist es auch hier sinnvoll, die DDR einzubeziehen.

In der geschichtswissenschaftlichen Forschung der letzten zehn Jahre kamen zudem neue Themen auf, die grenzübergreifende Perspektiven erleichtern, wenn nicht gar erforderlich machen – wie die Energie- und Umweltgeschichte, die Alltags-, Konsum- und Sportgeschichte, die Medizingeschichte oder die Mediengeschichte. Und schließlich hat die Globalgeschichte unsere Sicht auf Europa und Deutschland verändert. Aus innerdeutschem Blickwinkel mögen die Bundesrepublik und die DDR oft wie verschiedene Welten wirken. Aus einer gesamteuropäischen oder gar außereuropäischen Perspektive erscheinen die Bezüge sichtbarer. Entsprechend entstanden gerade in den USA in den letzten Jahren einzelne kulturhistorisch orientierte Studien, die beide Teile Deutschlands als postfaschistische Gesellschaften behandelten.²²

Obgleich die gesamtdeutsche Perspektive relativ selten erprobt wurde, kann dieses Buch an verschiedene Arbeiten anknüpfen, die hier nur exemplarisch genannt werden können. Zu den wichtigsten Werken zur deutsch-deutschen Geschichte bis 1970 zählt weiterhin Christoph Kleßmanns zweibändige Publikation, die bereits vor dem Mauerfall erschien.²³ Seitdem thematisierten nur noch einzelne Überblicksbücher Ost- und Westdeutschland gemeinsam, und die Abschnitte zur DDR dienten oft eher als Kontrastfolie zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik.²⁴ Zudem konzentrierten sich die gesamtdeutschen Kapitel auch bei umfassenden Studien vor allem auf die politischen Beziehungen im Rahmen der Ost- und Wiedervereinigungspolitik.²⁵ In vergleichender Perspektive fasste etwa Mary Fulbrook beide Staaten als konkurrierende Experimente, mahnte aber zugleich, die Errungenschaften der DDR in der Sozial-, Frauen- und Familienpolitik zu würdigen.²⁶ Auch zur deutsch-deutschen Kulturgeschichte

liegt eine knappe Darstellung aus der Feder von Carsten Kretschmann vor, die westliche Transfers, Nischen in der DDR und das gemeinsame kulturelle Erbe aus dem 19. Jahrhundert betont, das 1990 auf der institutionellen Ebene erfolgreich vereint worden sei.²⁷

Ebenso gibt es mittlerweile zahlreiche Gesamtdarstellungen zur Geschichte der DDR, die von kurzen Einführungen und alltagsgeschichtlichen Überblicken bis hin zu umfassenden Handbüchern zur Herrschaft der SED reichen.²⁸ Die innerdeutschen Beziehungen stellten sie insbesondere für die 1970er und 1980er Jahre heraus, ebenso verwiesen ihre Kapitel zum Konsum, über die Medien oder zur Opposition auf bundesdeutsche Einflüsse. Welche Folgen die Annäherung in den 1970/80er Jahren hatte, ist in der DDR-Forschung umstritten: Verschiedene Historiker gehen davon aus, dass sie die SED-Herrschaft verlängert und stabilisiert hätten, da ohne die westliche Unterstützung der ökonomische Kollaps und damit auch Proteste früher zu erwarten gewesen wären. So bilanziert eine neuere Arbeit, die Bundesrepublik habe die DDR immer weiter anerkannt, ohne auf die Einhaltung von Zugeständnissen zu achten.²⁹ Andere sahen die Annäherungen der beiden deutschen Staaten als Vorbedingung für die Wiedervereinigung an, da sie die Mauer durchlässiger machten und die Erwartungen der DDR-Bürger steigerten, insbesondere durch Westreisen oder Westfernsehen. Beide Deutungen lassen sich aber auch vereinbaren: Verflechtungen wie die sogenannten Milliardenkredite aus der Bundesrepublik verlängerten und schwächten die SED-Herrschaft zugleich.³⁰

Eine stärker integrierte deutsch-deutsche Darstellung legte in essayistischer Form Peter Bender vor, der einst als WDR-Korrespondent in Ost-Berlin gearbeitet hatte und vor allem die politische Entwicklung von Teilung, Annäherung und Wiedervereinigung beschrieb.³¹ Aus gesellschaftsgeschichtlicher Sicht interpretierte Konrad Jarausch die deutsch-deutsche Geschichte als Rezivilisierung

und Erreichung neuer Normalität nach dem Nationalsozialismus, die im Westen nach 1945 und 1968, in der DDR durch die Bürgerrechtler und deren Proteste 1989 einen Schub erhalten habe.³² Zudem liegen verschiedene Sammelbände vor, die ausgewählte Ereignisse oder Einzelthemen behandelten, bei denen sich eine stärkere Verflechtung zeigte und die mittlerweile auch über die politikgeschichtliche Ebene hinausreichen. Vor allem Christoph Kleßmann edierte Fallstudien mit dem Ansatz der »doppelten deutschen Nachkriegsgeschichte«, was eine vergleichende Betrachtung eröffnete.³³ Auch ein Band des Instituts für Zeitgeschichte sprach vom »doppelten Deutschland« und nahm Momente der innerdeutschen Begegnung zum Ausgangspunkt, um das fortbestehende Bewusstsein von Konkurrenz und neue übergreifende Probleme aufzuzeigen.³⁴ Dabei plädierte das Buch unter Verweis auf Andreas Wirsching dafür, dass man »den Systemgegensatz von Demokratie und Diktatur nicht übermäßig« betonen müsse.³⁵ Neuerdings erschienen zudem Bände mit Beiträgen, die die Erinnerungskultur in beiden Teilstaaten thematisierten oder mikrogeschichtlich übergreifende Medien oder Infrastrukturen, wie die Transitstrecke, untersuchten und dabei von konkreten Orten in Ost und West ausgehen.³⁶ Ebenso gibt es verschiedene Spezialstudien etwa zu ökonomischen oder sportlichen Beziehungen.³⁷

Zum Transformationsprozess seit 1990 liegen zahlreiche Arbeiten aus den Sozialwissenschaften vor. Sie konzentrierten sich vor allem auf die neuen Bundesländer und problematisierten den Institutionen- und Elitentransfer aus dem Westen.³⁸ Zudem bilanzierten sie anhand von Statistiken und Umfragen die fortbestehende Differenz zwischen Ost- und Westdeutschland, die selbst zwei Jahrzehnte nach der Einheit in starkem Maße ausmachbar war – vom Wohlstandsniveau über die politische Kultur und zivilgesellschaftliche Struktur bis hin zur stark differenten

Mediennutzung.³⁹ In vielen Bänden wird Ostdeutschland als das Abweichende, als das »Andere« präsentiert, als »Übergangs- und Teilgesellschaft«.⁴⁰

Neuerdings nahmen Plädoyers zu, nicht allein den Wandel in Ostdeutschland zu untersuchen und ihn etwa als »nachgeholte Modernisierung« und Anpassung an den Westen zu fassen. Denn zum einen veränderte sich Westdeutschland in diesen Jahrzehnten ebenfalls, sei es im Rahmen der Vereinigung oder im Zuge von globalen Veränderungen. Heinrich Best und Everhard Holtmann sprachen deshalb von einer »doppelten Transformation, in der einigungsbedingte Probleme und die Herausforderungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise einander überlagerten«.⁴¹ Ebenso forderte der Politikwissenschaftler Timm Beichelt, die vermeintlich spezifischen ostmitteleuropäischen Probleme als gesamteuropäische im Rahmen globaler Herausforderungen zu betrachten und den Transformationsbegriff auf Gesamteuropa zu beziehen.⁴²

Zum anderen ließe sich argumentieren, dass sich einige der gegenwartsnahen Veränderungen in Ostdeutschland früher zeigten als in den alten Bundesländern, etwa in der Kinderbetreuung, Familienstruktur, im Sekundarschulbereich oder beim Wandel von Einstellungen und Werten. In manchen Feldern erfolgten in Ostdeutschland in den 1990er Jahren die Reformen, die im Westen ebenfalls bereits angestanden hätten, so dass der Osten insbesondere bei der Privatisierung und De-Regulierung als »neoliberales« Experimentierfeld gedeutet wurde. So argumentierte Philipp Ther, dass die Reformforderungen aus Ostdeutschland auch rhetorisch in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre in den Westen gewandert seien, weshalb er von neoliberalen »Ko-Transformationen« spricht.⁴³ Deren Ambivalenzen wurden häufiger mit dem Begriff der Freiheit verbunden; »The Burdens of Freedom« nannte etwa Padraic Kenney sein Buch zur Transformation in Osteuropa.⁴⁴ Ebenso sprach Andreas Wirsching vom »Preis der Freiheit«, um Erfolg und

Schattenseiten der Liberalisierung anzudeuten.⁴⁵ Die hier ausgemachten Prozesse lassen sich vor allem nicht allein aus der Transformationskonstellation in Ostdeutschland nach 1990 erklären, sondern bedürfen einer historischen Deutung, die die Jahrzehnte zuvor in Ost und West berücksichtigt.

Auch die zunehmend publizierte europäischen und globalen Überblicksstudien betrachteten Ost- und Westeuropa gemeinsam, wenngleich naturgemäß pauschaler. Den boomenden Nachkriegsjahrzehnten im Westen stellten sie den Aufbau des Sozialismus bis in die 1970er Jahre gegenüber und der Zeit »nach dem Boom« den Niedergang des Sozialismus in den beiden folgenden Jahrzehnten.⁴⁶ Damit markierten sie ähnliche Phasen in Ost und West, argumentierten aber vor allem aus den jeweiligen Systemlogiken heraus. Neben diese getrennten »rise and fall«-Narrative traten einige sozialwissenschaftlich orientierte Studien zur Sozialgeschichte Europas. Knappe Darstellungen zu »Europe since the 1970s« wie von Jeremy Black unterschieden lediglich themenbezogen zwischen Ost und West, etwa bei der Wirtschaft, während sie Bereiche wie Umwelt, Gesundheit oder Bildung übergreifend behandelten.⁴⁷ Sie fokussierten aus westlicher Perspektive statistisch nachweisbare übergreifende Wandlungsprozesse und sahen, wie Göran Therborn, etwa eine Ähnlichkeit in der Erosion der zukunftsgerichteten Moderne Anfang der 1970er Jahre.⁴⁸ Hartmut Kaelble machte dagegen eine Zunahme an Divergenzen in den 1980er Jahren aus, da sich der Osten ökonomisch verschlechterte, während im Westen der Sozialstaat abgebaut und die Bildungssysteme ausgebaut worden seien.⁴⁹ Auch die Globalisierung habe laut Kaelble Ost- und Westeuropa eher weiter getrennt. Wenngleich einige Zugänge und Befunde diskussionswürdig sind, so fördern die europäischen Gesamtdarstellungen doch zumindest den vertieften Blick über die deutsche Grenze hinweg.

2. Probleme und Perspektiven einer deutsch-deutschen Geschichte

Dass die bisherigen Forschungen zur Bundesrepublik und zur DDR eher nebeneinander stehen, lässt sich nicht allein mit der Schwierigkeit erklären, unterschiedliche politische Systeme gemeinsam zu thematisieren.⁵⁰ Nicht unwichtig ist zunächst, dass die westliche Geschichtsschreibung in starkem Maße an die Selbstbeschreibungen der Zeitgenossen und deren Beobachtungstechniken anknüpft.⁵¹ Die Demoskopie, die Medien und sozialwissenschaftliche Studien gaben Leitlinien für die Deutung der westlichen Gesellschaft vor, wie sie für Ostdeutschland kaum greifbar sind. So verfügen wir für die DDR über keine medialen Krisennarrative und keine vergleichbar umfangreichen und wirkungsmächtigen Meinungsumfragen, die etwa einen »Wertewandel« oder den Wandel von weltanschaulichen Einstellungen feststellten.⁵² Entsprechend wurden auch daraus entwickelte soziologische Konzepte wie »Postmaterialismus«, »Postmoderne« oder »Individualisierung« nicht auf die DDR übertragen. Eine deutsch-deutsche Perspektive kann somit in mehrfacher Hinsicht eine kritische Auseinandersetzung mit diesen Zuschreibungen fördern. Es ist jedoch zu fragen, inwieweit derartige Leitbegriffe ohne die zeitgenössischen Selbstbeschreibungstechniken überhaupt sinnvoll erscheinen, ob sie an die Demokratie gebunden sind oder auch für den Sozialismus und die DDR zutreffen.

Wie groß die zeit- und quellenbedingte Prägung der Bewertungen und Begriffe ist, zeigt vor allem ein Vergleich der Forschungen zu Ostdeutschland zur Zeit vor 1990 und danach.

Differente Deutungen von Ost und West wurden auch durch die unterschiedlichen Archivquellen mit geformt. Da zur DDR-Geschichte vor allem staatliche Akten vorliegen,

die zudem früher als in westlichen Archiven zugänglich wurden, spielen die Wahrnehmungen und Praktiken der Überwachung sowie der Parteiblick eine zentrale Rolle. Studien, die mit alternativen Quellen arbeiten (Ego-Dokumente, Oral History u. ä.) und damit stärker auf die Alltagskultur blicken, konnten und können dagegen leichter vergleichbare und übergreifende Aussagen über Ost und West treffen.

Die Systemkonkurrenz, aber auch die Entspannungspolitik und Akzeptanz einer »bipolaren Welt« führten bereits in den 1970/80er Jahren zu einzelnen vergleichenden sozialwissenschaftlichen Studien.⁵³ Zeitgenossen machten im Sinne der Konvergenztheorie eine verstärkte Annäherung der beiden Systeme im postindustriellen Zeitalter aus oder im Sinne der Magnettheorie der ersten Nachkriegsjahre zumindest eine Anpassung des Ostens an den ökonomisch stärkeren Westen. Die Systemkonkurrenz führte zu einer permanenten wechselseitigen Beobachtung, die sich auf viele Bereiche der Gesellschaft erstreckte. In der künftigen Forschung sollte es indes weniger darum gehen, ob diese zeitgenössischen Schriften zutrafen oder nicht (oft überschätzten sie die DDR). Zeithistorisch interessant ist vielmehr, welche Wirkung diese Studien entfalteten, sei es zur Übernahme oder Ablehnung von Reformen oder zur modifizierten Aneignung mit anderen Begriffen.

Eine deutsch-deutsche Geschichte kann nicht darin aufgehen, die bisherigen Darstellungen zur Bundesrepublik und zur DDR nebeneinander zu stellen. Vielmehr sind, wie in der transnationalen Geschichte üblich, Reaktionen auf generelle Problemlagen, grenzübergreifende Beziehungen und wechselseitige Perzeptionen auszumachen. Damit sind drei Ebenen des Verhältnisses benannt, die einander bedingen können, aber nicht müssen. Die Wahrnehmung des jeweils anderen Deutschlands kann in Handlungen oder in Ignoranz münden. Grenzübergreifende Herausforderungen, wie die Ölkrisen der 1970er Jahre,

können zu unterschiedlichen Reaktionen führen. Jedoch steht auch Letzteres für eine Interdependenz.

Eine derartige Perspektive birgt natürlich zahllose Fallstricke. Die größte Gefahr ist sicherlich, Ostdeutschland bereits für die Zeit vor 1989 wie die »fünf neuen Bundesländer« zu behandeln und damit die Reichweite der SED-Diktatur oder grundlegende Differenzen zu vergessen. Bereits bei der Auswahl der Themen ist zu berücksichtigen, inwieweit sie eher aus einer westlichen Perspektive stammen (wie Umweltschutz oder Migration) oder eher einer östlichen (wie soziale Gleichheit).

In vielen Bereichen waren die Unterschiede zwischen beiden deutschen Staaten denkbar groß. Das gilt für die Politikgeschichte im engeren Sinne, die kaum gemeinsam thematisierbar ist und hier zugunsten einer Geschichte des Politischen zurückgestellt wurde, die stärker von gesellschaftlichen Wahrnehmungen und Handlungen ausgeht. Nicht minder groß waren die ökonomischen Differenzen zwischen der eher statischen Planwirtschaft und der eher dynamischen Marktwirtschaft. Allerdings nahmen nicht nur ökonomische Austauschprozesse zwischen Ost und West zu, sondern auch in der DDR zeichnete sich ein verdeckter Strukturwandel ab.⁵⁴ Ebenso zeigten sich auch in der sozialen Marktwirtschaft Grenzen der flexiblen Anpassung an neue Probleme. Markant waren die Unterschiede besonders bei der Migration, die in der DDR sehr gering blieb. Aber selbst hier gibt es, wie die Beiträge in diesem Band unterstreichen, strukturelle Gemeinsamkeiten, die übergreifende Perspektiven sinnvoll erscheinen lassen.

Dass die wechselseitige Perzeption im Sinne von Christoph Kleßmann asymmetrisch war, dürfte unstrittig sein und wird auch durch die Beiträge in diesem Band bestätigt: Die DDR orientierte und maß sich viel stärker an der Bundesrepublik als umgekehrt. Jedoch, so ließe sich ergänzen, blickten die Bevölkerungen der Bundesrepublik

und der DDR beide gen Westen: die Bundesbürger in die USA, die Bewohner der DDR nach Westdeutschland. Impulse aus den USA wurden oft erst in die Bundesrepublik übersetzt und wanderten dann wiederum im neuen Gewande in die DDR. Allerdings steht auch dieser doppelte Westblick für eine Verbindung der beiden Staaten. Solche doppelten bzw. vermittelten Transferprozesse lassen sich in vielen lebensweltlichen Feldern untersuchen: von der Arbeitswelt über die Musikkultur bis hin zur Computertechnik, wo Innovationen von IBM zu Siemens und schließlich zu Robotron wanderten. Mitunter lässt sich, gerade in der Populärkultur, auch ein direkter Austausch zwischen der DDR und den USA aufzeigen, seit den 1970er Jahren insbesondere bei Hollywood-Filmen.⁵⁵

Einwenden kann man, dass es heute anachronistisch sei, eine gesamtdeutsche Geschichte zu schreiben statt einer europäischen oder globalen, da so nur ein neues nationalgeschichtliches Narrativ entstehe. Oder anders gewendet: Sollten wir nicht auch, wie in anderen Studien bereits praktiziert, die Bundesrepublik und die DDR eher mit ihren jeweiligen Nachbarstaaten wie Frankreich oder Polen in Beziehung setzen, die ebenfalls eng mit der deutschen Geschichte verbunden sind? Reizvoll erscheint auch, die DDR stärker in Beziehung zur westeuropäischen Entwicklung zu betrachten. Dies könnte zeigen, dass einige deutsch-deutsche Unterschiede sich nicht allein mit den politischen Systemen und dem Sozialismus der DDR erklären lassen, sondern mitunter auch aus einer spezifisch westdeutschen Kultur heraus – wie etwa bei der Frauenarbeit und der Kinderbetreuung, der außeruniversitären Großforschung oder der Zentralisierung.⁵⁶ Denn Derartiges war nicht DDR-spezifisch, sondern auch in Frankreich oder Großbritannien zu finden.

Trotz der genannten Einwände und des Trends zur westeuropäischen Geschichte sprechen vor allem vier

Gründe dafür, sich auch auf eine deutsch-deutsche Perspektive einzulassen.

Erstens knüpften beide Teilstaaten an eine gemeinsame Geschichte an, die trotz der Zweistaatlichkeit Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Mentalitäten lange prägte. Da die Teilstaaten *nur* vierzig Jahre alt wurden, blieben der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg, ja auch die Weimarer Republik noch lange ein gemeinsamer Erfahrungshintergrund.⁵⁷ Die Erfahrung der Weltwirtschaftskrise 1929 war etwa in den 1970er Jahren zeitlich ebenso nah wie heute »68«. Ebenso sorgten fortbestehende verwandtschaftliche Beziehungen zwar für eine geteilte, aber doch zumindest punktuell weiterhin verbundene Familiengeschichte. Die offiziellen Deutungen der Vergangenheit entfernten sich zwar in Ost und West, aber Ende der 1970er Jahre kam es zu einem übergreifenden Geschichtsboom – der sich etwa in der Altstadtanierung oder der Preußen-Renaissance niederschlug.⁵⁸

Zweitens bildeten Ost- und Westdeutschland in weitaus stärkerem Maße als andere Staaten eine Kommunikationsgemeinschaft. Ermöglicht wurde dies insbesondere durch den grenzübergreifenden, wiederum sehr asymmetrischen Empfang von Radio und Fernsehen in beiden Teilen Deutschlands, weshalb Axel Schildt, in Anlehnung an Kleßmanns Werk, pointiert von »Zwei Staaten, eine[r] Hörfunk- und Fernsehnation« sprach.⁵⁹ Auch der in den 1970er und 1980er Jahren stark zunehmende Telefon- und Briefverkehr zwischen Ost und West belegt diese sogar ansteigende kommunikative Vernetzung, die aufgrund der gemeinsamen Sprache über die Kontakte zu Franzosen oder Polen weit hinausreichte. So nahmen die Begegnungen auf wirtschaftlichem und kirchlichem Gebiet, von Reisenden und Ausreisenden aus der DDR, von Journalisten und Sportlern und Kulturschaffenden deutlich zu. Allein 1988 reisten laut Bundesministerium für

innerdeutsche Beziehungen fünf Millionen DDR-Bürger in die Bundesrepublik, davon rund 1,2 Millionen Menschen unterhalb des Rentenalters – was vielfach eine Erfahrung bedeuten konnte, die die Abkehr vom Sozialismus und die Ausreisewelle 1989 beförderte.⁶⁰ Selbst westliche Historiker suchten seit den 1970er Jahren zunehmend DDR-Archive auf, wo sie trotz aller Abschottung oft gewisse Kontakte knüpften, die im folgenden Jahrzehnt in unterkühlte offizielle Gespräche mündeten.⁶¹

Drittens blieben Ost- und Westdeutschland gerade durch ihre Konkurrenz und wechselseitige Abgrenzung enger aufeinander bezogen als auf andere Nachbarländer. Einerseits kam es zu einem permanenten Zurückweisen von Praktiken und Denkmustern, die dem anderen Teilstaat zugeschrieben wurden; andererseits förderte die Rivalität Anstrengungen im eigenen Staat – von der Sozialpolitik über die Bildung bis hin zum Sport oder zum Umgang mit der NS-Vergangenheit.

Und viertens legt es die gemeinsame Geschichte seit der Wiedervereinigung 1990 nahe, auch die Jahrzehnte zuvor gemeinsam in den Blick zu nehmen – und zwar nicht auf 1989 fokussiert, sondern mit Blick auf die Schwierigkeiten beim Zusammenwachsen des vereinigten Deutschlands. Denn die gemeinsame Betrachtung hilft zu verstehen, warum in Ost und West auch heute noch markante Unterschiede bestehen. Beide Teile Deutschlands sind geteilte Vorgeschichten unserer gesamtdeutschen Gegenwart.

Dennoch ist zu vermeiden, inkompatible Phänomene gleichzusetzen, selbst wenn sie gleiche Namen tragen. Eine Partei im Westen unterschied sich fundamental von einer Partei im Osten. Entsprechend ist offensichtlich Unterschiedliches auch so zu benennen, aber offen nach möglichen Bezügen zu fragen. Ebenso darf die Suche nach Transfers und Verflechtungen nicht dazu führen, dass einzelne Begegnungen, Interaktionen und wechselseitige

Beobachtungen unangemessen überhöht werden, was bei der transnationalen Geschichte eine generelle Gefahr ist. Zudem ist eine neue, auf 1989 zulaufende Meistererzählung zu umgehen.⁶² Nicht nur der Niedergang, sondern ebenso die Binnenlegitimität und lange anhaltende Stabilität der DDR sind zu erklären, die auch westdeutsche Experten noch Anfang 1989 an den Fortbestand der Teilung glauben ließ. Und schließlich ist nicht vorschnell von einer nationalen Einheit oder gemeinsamen Identität der Deutschen beider Teilstaaten auszugehen, die bereits die übergreifende Perspektive rechtfertigt. Auch innerhalb der DDR bildete sich ein »Wir-Gefühl« aus, das nicht unbedingt mit der »sozialistischen Nation« übereinstimmte.⁶³ Wie sich das Konzept der Nation im Kontext der Zweistaatlichkeit und stärker supra-nationaler Identitäten vor und nach der Einheit entwickelte, ist eine noch wenig untersuchte Frage.⁶⁴

3. Die 1970er Jahre als Umbruchphase: Zugänge und Perspektiven des Buches

Das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts ist für die Zeitgeschichte eine besonders interessante Phase, da sich hier unsere gegenwärtige Lebenswelt formierte. Die Zeit seit den 1970er Jahren steht in West und Ost für viele gesellschaftliche Aufbrüche und neuen Wohlstand, aber ebenso für neue grundlegende Probleme und Krisen. Die Ambivalenz dieser Veränderungen zeigte sich zunächst stärker im Westen, spätestens mit der Wiedervereinigung aber noch deutlicher in Ostdeutschland. So expandierten die Ausbildungszeiten und Aufstiegsmöglichkeiten, aber zugleich stieg die Arbeitslosenquote auf ein dauerhaft hohes Niveau. Die Einkommen, das persönliche Vermögen und die sozialstaatlichen Leistungen wuchsen, jedoch ebenso die Kluft zwischen Arm und Reich. Der Staat engagierte sich seit den 1970er Jahren mit neuen Regulierungen, doch zugleich

wuchs die Bedeutung neoliberaler Konzepte von Wettbewerb und Eigenständigkeit. Zudem kündigten wegweisende Technologien wie Computer, Kabelfernsehen oder Atomkraft einen Aufbruch in die Zukunft an, gerade dies verstärkte aber auch Zukunftsängste. Politik und Gesellschaft fürchteten zwar die »Grenzen des Wachstums« und Umweltschäden, aber ebenso nahm in dieser Zeit der Massenkonsum zu und allorts entstanden Discounter und Einkaufszentren. Die Liste mit derartig ambivalenten und nachhaltigen Veränderungen ließe sich vielfältig verlängern. So wurden die Deutschen weltoffener, internationaler und die Zahl der dauerhaft in Deutschland lebenden Migranten stieg, doch auch die Fremdenfeindlichkeit nahm langfristig zu. Oder, um ein letztes Beispiel zu nennen: Die Gleichberechtigung von Frauen wurde nachdrücklich eingefordert, aber die Vereinbarkeit von Familie und Karriere blieb eine Herausforderung.

Die deutsch-deutsche Geschichte der 1970/80er Jahre weist ebenfalls ein eigenümliches Spannungsverhältnis auf. Einerseits verfestigte sich in dieser Zeit die Teilung. Die internationale Anerkennung der DDR und ihre faktische Akzeptanz in der Bundesrepublik führten beide Staaten in eine selbstbewusste Selbstständigkeit. Die Sperranlagen der Grenze wurden unüberwindlicher und der Glaube an die Wiedervereinigung und die Einheit der Nation schwand in diesem Jahrzehnt rasant, wie zumindest für den Westen die Umfragen klar belegen: 1970 meinten noch siebzig Prozent der Westdeutschen, die Bundesrepublik und DDR gehörten einer Nation an, 1984 glaubten dagegen über die Hälfte der Befragten, dies sei nicht der Fall.⁶⁵ Andererseits waren die 1970er Jahre das Jahrzehnt, in dem die Entspannungspolitik die Beziehungen zwischen beiden Staaten intensiviert – von der politischen Ebene über die Wirtschaft bis hin zur Alltagskultur. Dies übertraf auch den Austausch in den 1950er Jahren, als zwar in Berlin noch ein reger Ost-West-Verkehr vorherrschte, ansonsten aber bereits politische,

ökonomische und auch kulturelle Kontakte am ausgebauten innerdeutschen Grenzzaun abbrechen.⁶⁶ Nun ermöglichten nicht zuletzt die Ostpolitik unter Brandt und die Annäherung im Rahmen des KSZE-Prozesses verstärkte Begegnungen und Erwartungen. Die wachsende Eigenständigkeit der Teilstaaten und ihre Interaktion in den 1970/80er Jahren gehören folglich zusammen. Deutsch-deutsche Ereignisse, wie die oft zitierte Ausbürgerung des ostdeutschen Liedermachers Wolf Biermann 1976, stehen für dieses Spannungsverhältnis von Interaktion und Distanz. Diese Mischung aus eigenständiger Entwicklung und neuen Verbindungen erklärt die Abwendung vieler Ostdeutscher von der SED, da der Westen ein uneinholbarer Maßstab wurde, aber ebenso das fortbestehende Sonderbewusstsein nach dem Mauerfall.

In der historischen Forschung wurden die 1970er Jahre vielfach als Krisenzeit beschrieben. So bilanzierte Eric Hobsbawm: »Die Geschichte des 20. Jahrhunderts war seit 1973 die Geschichte einer Welt, die ihre Orientierung verloren hat und in Instabilität und Krise geschlittert ist.«⁶⁷ Als Indikatoren für die Zeit »nach dem Boom« in den westlichen Industrieländern gelten der Niedergang der »alten« Industrien, der starke Einbruch des Wirtschaftswachstums der Nachkriegsjahrzehnte und der Anstieg von Inflation, Schulden und Arbeitslosigkeit, wenngleich sich diese Trends schon in den Jahren zuvor andeuteten.⁶⁸ Ökonomisch steht zudem die Aufkündigung des Währungsabkommens von Bretton Woods 1973 für das Ende des Nachkriegskonsenses. Derartige Probleme werden zwar meist national untersucht, aber mit grenzübergreifenden Entwicklungen verbunden und einer beschleunigten Globalisierung erklärt.⁶⁹ Ebenso wurde der kulturelle Wandel in den 1970er Jahren vielfältig betont, etwa eine zunehmende Individualisierung, Säkularisierung und postmaterialistische Wertorientierung.⁷⁰ Vor allem das Versiegen des Fortschrittsoptimismus gilt als Beleg dafür,

dass die Epoche der Moderne an ihr Ende gekommen sei. Göran Therborn sprach deshalb von einer »wahren Konzentration historischer Wendepunkte in der Gesellschaftsgeschichte«. ⁷¹ Diese Problemdiagnosen führten in den späten 1970er Jahren in vielen westlichen Ländern zu schrittweisen Reformen. Dazu zählen auch die neoliberalen Ansätze, die sich zunächst in Großbritannien und den USA, dann auch in Teilen Westeuropas verbreiteten, wenngleich in der Bundesrepublik nur abgeschwächt. ⁷²

Ob diese Krisen-Zuschreibungen und Begriffe wie das »Ende der Moderne« oder der »Hochmoderne« auch für die sozialistischen Länder angemessen sind, wurde selten diskutiert. So sparte Ulrich Herberts programmatischer Text zur »Hochmoderne« den Sozialismus weitgehend aus und argumentierte mit »Processes of Change in the West«. ⁷³ Dagegen konstatierte Stefan Plaggenborg, dass der Kommunismus sowjetischen Typs durchaus mit dem Begriff der Moderne zu fassen sei, da ähnlich wie im Westen Merkmale wie Technisierung, Verwissenschaftlichung, Sozialdisziplinierung oder Säkularisierung auftraten, wenngleich die Modernisierung hier ein Misserfolg gewesen sei. ⁷⁴ Strittig ist ohnehin, inwieweit der Begriff »Moderne« sinnvoll eine Phase bis in die 1970er Jahre umschreibt. Versteht man ihn analytisch als einen temporalen Begriff, der die Erfahrung von beschleunigtem Wandel, offenen Zukunftsvorstellungen und historisierender Selbstbeschreibung umschließt, beschreibt er keineswegs eine abgeschlossene Zeit, sondern ist auch für das digitale Zeitalter besonders treffend. ⁷⁵ Sinnvoller erscheint es, die mit ihm verbundenen Grundannahmen jeweils zu untersuchen.

Die meisten Studien zu den 1970er Jahren sahen vor allem die Ölkrise 1973 als Einschnitt, da sie unterschiedliche Veränderungen beschleunigt habe und verdichtet repräsentiere: ökonomisch den wirtschaftlichen Einbruch, kulturell die Abkehr vom Zukunftsoptimismus und dem

Glauben an ein grenzenloses Wachstum und politisch die Ablösung oder Ergänzung des Ost-West-Konflikts um Spannungen zwischen Nord und Süd. Zudem steht die Ölkrise für die beschleunigte Globalisierung, da sie die gegenseitige Abhängigkeit der Weltmärkte unterstrich. Bei genauerer Betrachtung steht die Ölkrise zugleich für einen schrittweisen Wandel, der auch Grenzen hatte: So waren die Energiekosten bereits vorher angestiegen und schwankten in den folgenden Jahrzehnten, und »Wachstum« blieb auch danach ein klares Ziel der Politik und der Wirtschaft sowie bei der Mehrheit der Konsumenten.⁷⁶

Neben diesen krisenhaften Erscheinungen stellten insbesondere angelsächsische Studien die vielfältigen Aufbrüche und Neuanfänge der 1970er Jahre heraus, etwa die neue Konsumkultur, die Bildungsexpansion und »Wissensgesellschaft«, die Computerisierung oder die wachsende Gleichberechtigung von Frauen und Minderheiten.⁷⁷ Die sehr krisenorientierte Deutung ist besonders für die Alltagsgeschichte vermutlich weniger haltbar. Lebensweltlich waren die 1970er Jahre in Ost und West mit vielen positiven Erfahrungen und Erinnerungen verbunden, da das verfügbare Einkommen und Vermögen stiegen, mehr Wohnraum zur Verfügung stand, die Zahl der Reisen und der Konsum markant zunahm und auch neue Freiräume entstanden.⁷⁸ Entsprechend wäre bei künftigen Arbeiten neben (öffentlichen) Krisennarrativen die (private) Zufriedenheit in der Alltagskultur zu berücksichtigen.

Forschungen zur DDR der 1970/80er Jahre betonten zumeist ebenfalls deren wachsende ökonomische Probleme, verbanden diese aber kaum mit dem Krisendiskurs im Westen. Ebenso betonten sie die Reformunfähigkeit trotz interner Problemdiagnosen, insbesondere Erich Honeckers Festhalten am »Konsum-Sozialismus« und an hohen Subventionen im Sozialwesen, Wohnungsbau oder bei Lebensmitteln.⁷⁹ Dies sollte die Loyalität der Bevölkerung sichern, erzwang jedoch zusätzliche Kredite aus dem

Westen. Da die Bundesrepublik für sie ein wichtiger Referenzpunkt blieb, thematisierten viele Studien zur DDR die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen, die grenzübergreifende Kommunikation oder die Begegnungen der Kirchen und Opposition.⁸⁰ Auch der KSZE-Prozess bildete einen wichtigen Bezugspunkt für grenzübergreifende Perspektiven, da er den Verweis auf Menschenrechte förderte und in der DDR besonders der sogenannte Korb III die Ausreisebewegung stärkte.⁸¹ Eher sozialwissenschaftlich geprägte Studien zur DDR argumentierten zudem mit vergleichenden Statistiken zur sozialen und ökonomischen Lage, die in allen Feldern die Überlegenheit der bundesdeutschen Gesellschaft unterstrichen.⁸² Mitunter wurde auch der Einfluss internationaler Veränderungen auf die DDR thematisiert. So zeigte jüngst eine Studie die DDR-Probleme bei der Kaffee-Versorgung aus dem kapitalistischen Ausland in deutsch-deutscher Perspektive, vom West-Paket mit »Jacobs-Krönung« bis hin zur Kaffeekrise 1977, als die SED nach zahllosen Eingaben ihren Versuch stoppen musste, den Anteil an Getreidekaffee wegen der steigenden Kaffeepreise zu erhöhen.⁸³

Inwieweit lässt sich die Zeit »nach dem Boom« also als geteilte Geschichte fassen, die sowohl die Differenzen als auch Parallelen, Reaktionen und Interaktionen ausmacht? Da die SED alle Bereiche der Gesellschaft ideologisch zu durchdringen suchte, gab es kaum ein Feld, in dem die Beiträge dieses Buches nicht grundlegende Unterschiede ausmachen. Darüber hinaus zeigen sie aber vielfältige Bezüge und Beziehungen zwischen Ost und West. Zumeist erreichten Veränderungen, die sich in der Bundesrepublik bereits Mitte der 1970er Jahre abzeichneten, mit einigen Jahren Verzögerung die DDR.

Die internationale Rezession der 1970er Jahre und die strukturellen ökonomischen Wandlungsprozesse im Westen

gelten als ein wichtiger Ausgangspunkt der hier untersuchten Veränderungen. In der Planwirtschaft zeigten sich die Folgen langsamer und waren weniger sichtbar, zumal vergleichbare Wirtschaftsdaten öffentlich nicht verfügbar waren. Seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre war der ökonomische Einbruch jedoch im Sozialismus unübersehbar. Dank der Planwirtschaft war er nicht von sichtbaren Phänomenen wie hoher Arbeitslosigkeit und Inflation begleitet, aber doch von wachsenden Schulden, Versorgungsengpässen und einem Produktivitätseinbruch.⁸⁴ Der für die Hochmoderne charakteristische Glaube an die bessere Zukunft schwand damit, trotz aller Propaganda, auch im Sozialismus in den 1970er Jahren. Wie sich Zeithorizonte reduzierten, zeigte sich auch in den verkürzten Anpassungen der Fünfjahrespläne an den schwankenden Weltmarkt. Peter Hübner sprach deshalb auch für die DDR von einem »Wechsel von einem wachstumsorientierten Fortschrittsparadigma zu einem sicherheitsorientierten Konsolidierungsparadigma.«⁸⁵ Ende der 1970er Jahre setzten im Osten zwar kaum Reformen ein, aber es entstand nun ein stärkeres Problembewusstsein darüber, dass die Planwirtschaft sich selbst mit westlichem Kapital und Technikhilfe nicht von ihrer Rückständigkeit befreien könne.⁸⁶

Auch die Ölkrisen 1973 und 1979 hatten für die DDR beachtliche Folgen, die bislang jedoch wenig untersucht wurden. Schließlich stiegen auch im Sozialismus, um einige Jahre verzögert, die Importpreise für Energie, besonders nachdem die Sowjetunion mehr Erdgas und Öl in den Westen verkaufte und die Lieferungen an die DDR kürzte. Dies vergrößerte die Devisenknappheit der DDR, verstärkte den Preisanstieg Anfang der 1980er Jahre und zwang sie, den veralteten Braunkohleabbau auszubauen.⁸⁷ Im Vergleich zur Bundesrepublik, die seit den 1980er Jahren Energiesparmaßnahmen umsetzte, blieb die DDR hier reformunfähig. Zugleich stand gerade der Energiemarkt für